



DIE GESCHICHTE DER EUROPÄISCHEN UNION

Prof. Marco Brunazzo

Abteilung für Soziologie und Sozialforschung
Universität Trient

Der Prozess der europäischen Integration hat mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs begonnen, aber die Schaffung der Europäischen Union kann auf die Renaissance, auf das Zeitalter der Aufklärung, wenn nicht sogar auf das antike Griechenland und die Römische Kaiserzeit zurückgeführt werden. Dieser Prozess erzählt nicht die Geschichte einer internationalen Organisation, die zwischen den unterschiedlichen Bestrebungen ihrer Gründungsstaaten gefangen ist, sondern er zeigt die Schwierigkeiten, mit denen europäische Länder zu kämpfen hatten, um ein sich ständig veränderndes internationales System zu schaffen, das von supranationalen Institutionen und Politiken regiert wird.

Um ihre materielle und wirtschaftliche Infrastruktur wieder aufzubauen und eine politische Ordnung auf nationaler und internationaler Ebene wiederherzustellen, standen die europäischen Länder am Ende des Zweiten Weltkriegs vor zahlreichen Herausforderungen ohnegleichen. Nachdem sie die internationale Ordnung der Neuzeit entscheidend geprägt hatten, mussten sich die europäischen Staaten einem neuen Machtverhältnis anpassen, in dem die USA und die UdSSR die Siegermächte waren.

Sie wollten auch noch verstehen, wie es den totalitären Regimen gelungen war, den Nationalismus zu nutzen, um Konsens zu erzielen. Obwohl man dem Vereinigten Königreich und Frankreich nicht vorwerfen kann, für den Faschismus verantwortlich gewesen zu sein, fiel es ihnen schwer, mit dem traumatischen Ende ihrer Imperien und dem Vermächtnis des Kolonialismus umzugehen.

Die europäische Integration bot den westeuropäischen Ländern die Möglichkeit, eine neue Weltordnung auf den Grundlagen der Marktwirtschaft und der liberalen Demokratie zu schaffen. 1944 wurde die Weltbank gegründet, 1945 wurde der Internationale Währungsfonds eingerichtet und 1948 wurde der Brüsseler Vertrag unterzeichnet, welcher als erster Schritt zur Gründung der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) gilt.

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com



Was im Nachhinein wie ein linearer Integrationsprozess erscheinen mag, war in Wirklichkeit aufgrund der unterschiedlichen Zielsetzungen und finanziellen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten eine von Unsicherheiten geprägte Entwicklung. Am 9. Mai 1950 schlug der französische Außenminister Robert Schuman einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl mit Deutschland vor, mit der Möglichkeit, diesen für andere westeuropäische Länder zu öffnen. Die Schuman-Erklärung, welche jährlich anlässlich des Europatages gefeiert wird, bildete die Grundlage für die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, welche 1951 durch die Unterzeichnung des Vertrags von Paris offiziell gegründet wurde. Von Jean Monnet beeinflusst, strebte Schuman die Einheit Europas an, indem er die strategische Kohle- und Stahlindustrie in einem gemeinsamen Markt zusammenführte und unter die Aufsicht einer gemeinsamen Hohen Behörde stellte. Für Frankreich und Deutschland, gefolgt von Italien, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg, war diese Initiative der erste Schritt zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Für andere ging es hierbei um den Beginn einer politischen Union.

Die Geschichte Europas soll mit dem Aufstieg der Römischen Kaiserzeit begonnen haben. Die institutionelle Geschichte der aktuellen Europäischen Union fing jedoch erst am 25. März 1957 durch die Unterzeichnung der Römischen Verträge an. Dies war ein besonderer Wendepunkt für die sechs Gründungsstaaten, da sie beschlossen, die bereits mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) geplante Zusammenarbeit durch die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) auszuweiten. Historiker, Politikwissenschaftler und Politiker streiten sich bis heute noch über die Deutung der Absichten der Gründungsstaaten. Sicher ist nur, dass sich aus den Römischen Verträgen die Einheit Europas ergeben hat und dass diese Verträge die französische Strategie zur Vermeidung eines neuen Konflikts mit Deutschland unterstützten. Die innereuropäische Annäherung führt auch dazu, dass sowohl Deutschland als auch Italien ihre Position als legitime, liberale und demokratische Partner für ein stabiles Europa festigten. Die kleinen Beneluxstaaten hatten ihrerseits endlich die Möglichkeit, sich an einen Tisch mit und wie die großen europäischen Nationen zu setzen, während die Niederlande durch den Freihandel endlich wirtschaftliche Sicherheit erlangten. Wirtschaftliche Integration schien allen eine Garantie für Stabilität mit dem Potenzial unterschiedliche Interessen zusammenzuführen.

Die erste große Krise ereignete sich 1965, als Walter Hallstein, damaliger Präsident der Europäischen Kommission, Budgetvorschläge zur Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik vorlegte. Frankreich lehnte diese ab, zog seine Repräsentanten für sechs Monate zurück und blockierte somit die Arbeit der Gemeinschaft. Der sogenannte Luxemburger Kompromiss führte dann aus dieser Sackgasse wieder heraus, indem

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com



den Mitgliedstaaten ein Recht auf ein Kompromiss eingeräumt wurde für den Fall, wo ein Mitgliedstaat das Gefühl hat, dass wichtige nationale Interessen von einer europäischen Angelegenheit betroffen sind.

In den 1970er Jahren sorgte man sich zunehmend um den raschen gesellschaftlichen Wandel und um das Ende des Wirtschaftsbooms der Nachkriegszeit. Erhöhte öffentliche Ausgaben und die Abwertung der Währungen hätten das Problem nicht gelöst, selbst wenn ihnen gelingen würde, einige Symptome der wirtschaftlichen Stagnation zu heilen. Somit kam man zu der Erkenntnis, dass die Innenpolitik der Mitgliedstaaten sowie internationale Entwicklungen (z.B. der Krieg im Nahen Osten) und die finanzielle Instabilität ernsthafte Hindernisse für die Integration darstellten.

Dennoch kam es zu wichtigen Entwicklungen in der Weiterentwicklung der EU. Mit dem Beitritt Dänemarks, Irlands und des Vereinigten Königreichs 1973 stieg die Anzahl der Mitgliedsländer auf neun. Das zweite wichtige Ereignis war die Entscheidung, die Befugnisse des Europäischen Parlaments zu erweitern, was 1979 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments führte. Eine dritte wichtige Etappe war die Schaffung des Europäischen Währungssystems, welches 1979 errichtet wurde, um eine bessere Koordinierung zwischen den Zentralbanken der Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Schließlich ermöglichte die regelmäßige Rücksprache zwischen Außenministerien und Außenministern eine verstärkte Zusammenarbeit in außenpolitischen Angelegenheiten.

Die Wahlen von Margaret Thatcher zur britischen Premierministerin 1979 und von François Mitterrand zum Präsidenten der Französischen Republik 1981 spiegelten die Erosion des Konsenses wider, der in der Nachkriegszeit die meisten europäischen Länder hinsichtlich der Rolle des Staates geprägt hatte. Sowohl der Staat lange als wichtiger Teil der politischen sowie gesellschaftlichen Modernisierung galt, bemühten sich viele Parteien in den europäischen Mitgliedstaaten, um dessen Rolle zu verringern und dessen Macht zu schwächen. Dieser neue Zeitgeist führte zu zwei wichtigen Reformen: die Einheitliche Europäische Akte 1986 und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion 1992. Zudem tritt Griechenland 1981 der Europäischen Gemeinschaft bei, gefolgt von Spanien und Portugal 1986.

Die in Maastricht vereinbarten institutionellen Reformen führten zu einer radikalen Veränderung der Befugnisse der europäischen Institutionen und der europäischen Entscheidungsprozesse. Der am 7. Februar 1992 unterzeichnete Vertrag von Maastricht bot den EU-12 eine neue institutionelle Architektur, die aus drei Säulen bestand: (i) der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), welche fast alle Wirtschaftssektoren abdeckte, (ii) der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und (iii) der Zusammenarbeit in Bereich Justiz und Inneres. Mit dem

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com



Vertrag von Maastricht wurde auch der Schritt gemacht, der innerhalb des folgenden Jahrzehnts zur Geburt des Euros führte. Nichtsdestotrotz lehnten das Vereinigte Königreich und Dänemark die einheitliche Währung ab.

1995 schlossen sich Österreich, Schweden und Finnland der Europäischen Union an. Das Ende des Kalten Krieges brachte die Hoffnung mit sich, dass die herrschende internationale Ordnung auch in den Osten exportiert werden könnte. Aufgrund der unterschiedlichen Interessen der zahlreichen Mitgliedstaaten blieben dies dennoch unsichere Zeiten. Die Länder des Warschauer Pakts und die baltischen Staaten, die sich frisch von ihren autoritären Regimes und der Planwirtschaft getrennt hatten, standen vor erheblichen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, welche wahrscheinlich zu sozialen und politischen Spannungen geführt hätten. Die Mitgliedstaaten der EU hatten somit die Pflicht, diesen neugegründeten Demokratien am Rande der EU Stabilität zu bieten. Die EU reagierte auf diese neuen Herausforderungen mit neuen Verträgen. Insbesondere unterzeichneten 1997 die EU-Staats- und Regierungschefs den Vertrag von Amsterdam, der die Rolle des Europäischen Parlaments im Gesetzgebungsprozess stärkte und 2001 wurde der Vertrag von Nizza verabschiedet, welcher die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat auf neue Politikfelder ausdehnte.

2004 wuchs die EU von 15 auf 25 Mitglieder, von denen 8 einst als Gegner Westeuropas galten. Rumänien und Bulgarien kamen 2007 dazu und zu guter Letzt trat das 28. Mitglied Kroatien 2013 in die EU ein.

Der Weg zu einer supranationalen EU war von einer Reihe von Schwierigkeiten und Krisen geprägt, von denen die bedeutendste das Scheitern der sogenannten Europäischen Verfassung im Jahr 2005 war. Die vier Verträge, die zwischen 1986 und 2001 in rascher Folge ausgearbeitet wurden, reichten nicht aus, um alle Fragen auf der Tagesordnung der Staats- und Regierungschefs der einzelnen Länder zu beantworten. Ein Teil der Probleme, so wurde gesagt, ließ sich auf den traditionellen Ansatz zurückführen, eine Regierungskonferenz zur Revision von Verträgen einzuberufen, welche die Verhandlungen über den Abschluss der einzelnen Verträge erschwerte und zur Aufschiebung der Lösung bestimmter Probleme führte. Daher wurde nach der Tagung des Europäischen Rats von Laeken am 14. und 15. Dezember 2001 ein Forum, der sogenannte Europäische Konvent, einberufen. Bei dieser Gelegenheit arbeiteten die Vertreter von 28 Ländern (15 Mitgliedstaaten, 12 Bewerberländer und ein Land, das einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt hatte), sowie die Vertreter der Kommission und des Europäischen Parlaments zusammen, um dem Europäischen Rat Vorschläge zu den notwendigen Reformen vorzulegen und die Arbeit der künftigen Regierungskonferenz vorzubereiten. Dem Europäischen Konvent gelang es, den Vertragsentwurf über eine Verfassung für Europa auszuarbeiten, der 2003

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com



angenommen wurde. Im darauffolgenden Jahr klärte der Europäische Rat von Brüssel die noch offenen Fragen und er erzielte eine Einigung für den Vertrag über eine Verfassung für Europa, der am 29. Oktober 2004 in Rom unterzeichnet wurde. Nichtsdestotrotz hat das Scheitern der Referenda in zwei EU-Gründungsmitglieder, Frankreich und den Niederlanden im Mai/Juni 2005 das Ratifizierungsverfahren beendet. Der Konsens der Bürgerinnen und Bürger für zunehmende EU-Integration war nicht mehr selbstverständlich.

Nach Jahren politischen Stillstands trat der neue Vertrag von Lissabon 2009 in Kraft. Zu den wesentlichen Änderungen, die durch den Vertrag eingeführt wurden, gehörten der Übergang von der Einstimmigkeit zur Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit in bestimmten Politikfeldern im [Rat der Europäischen Union](#), eine Änderung des Systems zur Berechnung dieser Mehrheit, die Übertragung weiterer Befugnisse an das [Europäische Parlament](#), die Verleihung einer eigenen Rechtspersönlichkeit an die EU sowie die Schaffung eines langfristig amtierenden [Präsidenten des Europäischen Rates](#) und [eines Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik](#).

Trotzdem führte die Finanzkrise, die 2008-2009 weltweit ausbrach, die Mitgliedstaaten zu unsicheren und manchmal widersprüchlichen Entscheidungen. Die Eurokrise wurde zu einer neuen politischen und institutionellen Herausforderung für die EU, zu der 2015 die Migrationskrise hinzukam. Schließlich stimmten beim Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU 2016 52 % der britischen Wähler für den Austritt aus der EU. Das Vereinigte Königreich trat im Januar 2020 nach langwierigen Verhandlungen, in denen der Integrationsprozess eine endgültige Kehrtwende riskierte, aus.

Zwar haben diese Krisen nicht unbedingt das Ende der europäischen Integration bedeutet, aber sie haben diesen Prozess um einiges erschwert, weil sie die so unterschiedlichen Visionen für eine Europäische Union stark zur Geltung gebracht haben. Man stellt fest, dass die Geschichte der EU-Integration im engen Zusammenhang mit der Geschichte der Rolle des Staates steht. Viele EU-Gründer sahen die europäische Integration als Weg, den Staat zu modernisieren, ohne dessen Zentralität dafür opfern zu müssen. Andere sahen darin eine Möglichkeit, die Nationalstaaten durch die Vereinigten Staaten von Europa zu ersetzen. Auch wenn man noch weit davon entfernt ist, diese beiden gegensätzlichen Ansichten in Einklang zu bringen, hat die EU mehr Integrationsarbeit geleistet als jede andere regionale Organisation, indem sie jeden Aspekt des europäischen Lebens geprägt hat.

[Übersetzung aus dem Englischen von Maria Marinelli]

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com



Nützliche Links:

https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de

https://europa.eu/learning-corner/eu-timeline/overview_de

<https://www.cvce.eu/de>

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com